

(Senator Mario Czaja)

darüber austauschen wollen. Die Landesseniorenvertretung hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Wir haben vorgeschlagen, dass dort eine Arbeitsgruppe gebildet wird, die ihre Vorschläge bis November unterbreiten wird. Auch bei uns im Haus gibt es eine Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung dieses Gesetzes. In den nächsten Wochen werden wir auch innerhalb der Koalition zu besprechen haben, wie unsere gemeinsame Position zur Fortentwicklung des Seniorenmitwirkungsgesetzes aussieht.

Es geht dabei vor allem um die Frage der Partizipation, der Möglichkeiten, die Wahlen zu verändern, und darum, welche Rederechte es in den Kommunalparlamenten geben soll usw. Dabei muss man natürlich auch beachten, dass man andere Initiativen wie das Jugendparlament oder die Behindertenvertretungen nicht bevorteilt oder benachteiligt. Das alles wollen wir bis November erarbeiten, unsere Vorschläge dazu wollen wir in den Arbeitsgruppen unterbreiten. Im November werden wir dann eine Tagung durchführen, auf der wir die Position des Senats vorstellen wollen. Im nächsten Jahr werden wir dann, wie in den Leitlinien der Regierungspolitik festgehalten, zur Weiterentwicklung des Gesetzes kommen.

Das Thema ist ein sehr aktuelles, auch in unserem Hause. Die Seniorenmitwirkungsgremien beschäftigen sich mit diesen Fragestellungen ebenfalls ganz aktuell. Ende März gab es dazu eine große Veranstaltung, an der Sie ja auch teilgenommen haben. Den Abstimmungsprozess werden wir in der zweiten Jahreshälfte fortführen.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Es gibt keine Nachfrage.

Wir kommen dann zur Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Frau Remlinger, bitte schön, Sie haben das Wort!

Stefanie Remlinger (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich frage den Senat: Ist es dem Senat wichtiger, die wirklichen Probleme in der Berliner Bildungslandschaft und in den Berliner Schulen zu verschleiern – z. B. indem, wie jetzt gemeldet, die Anforderungen an die Schulabschlüsse gesenkt werden –, oder wäre es wichtiger, in die Schulen entsprechend zu investieren, insbesondere in die Sekundarschulen, und tatsächlich dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen ihren Weg in das Berufsleben erfolgreich gehen und die geforderten Leistungen erbringen können?

[Beifall bei den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin Scheeres – bitte schön!

Senatorin Sandra Scheeres (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft):

Sehr geehrte Frau Remlinger! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr verwundert über die momentane Berichterstattung und Diskussion. Als Erstes möchte ich deutlich machen: Wir haben die Standards nicht gesenkt. Insgesamt orientieren wir uns in unseren Rahmenplänen an den KMK-Standards. Wie Sie alle wissen, haben wir in der letzten Legislaturperiode eine Schulstrukturreform durchgeführt und die integrierte Sekundarschule eingeführt. Die Haupt-, Real- und Gesamtschule gibt es nicht mehr. Deshalb war es – logischerweise – notwendig, das Bewertungssystem anzupassen. Das Bewertungskonzept, das entwickelt wurde, ist mit allen Schulen und Schulleitungen diskutiert worden. Ich bin sehr verwundert, dass einzelne Gesamtschullehrer dies anscheinend nicht mehr in Erinnerung haben. Es ist nicht möglich, das frühere Bepunktungssystem, das es in der Gesamtschule gab, auf die integrierte Sekundarschule zu übertragen. Hier haben wir ein Bewertungssystem, das die Noten 1 bis 6 umfasst. In der Gesamtschule hatten wir ein Punktesystem. Dieses ist angeglichen worden. Dabei sind keine Standards abgesenkt worden. Das ist mit allen Schulleitungen ausführlich diskutiert worden. Aus diesem Grunde kann ich dieses nicht nachvollziehen. Ich habe den Eindruck, dass einzelne Gesamtschullehrer nicht akzeptieren, dass es die Gesamtschule in der Form nicht mehr gibt.

Frau Remlinger! Sie wissen, dass wir die integrierte Sekundarschule stark unterstützen, z. B. durch kleinere Klassen und entsprechende Personalschlüssel.

Präsident Ralf Wieland:

Gibt es eine Nachfrage? – Bitte schön, Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE):

Da Sie, werte Frau Senatorin, anscheinend ignorieren, dass es die Diskussion um den Wert der Schulabschlüsse gibt, indem Sie auch falsch darstellen, dass die Bildungsabschlüsse in Berlin an den bundesdeutschen Bildungsstandards orientiert sind, frage ich Sie: Wie wollen Sie die noch bestehenden Probleme in den Sekundarschulen angehen? Wie stellen Sie insbesondere das Vertrauen aller Beteiligten wieder her, dass Sie die Probleme aus lauter Angst, dass die Schulstrukturreform wieder infrage gestellt werden könnte, nicht einfach nur verschleiern wollen?

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin – bitte schön!

Senatorin Sandra Scheeres (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft):

Sehr geehrte Frau Remlinger! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich verwahre mich gegen diese Vorwürfe. Selbstverständlich sind unsere Schulabschlüsse KMK-konform.

[Stefanie Remlinger (GRÜNE): Das ist etwas anderes!]

Sie haben gesagt, dass unsere Schulabschlüsse sich nicht an den Standards der KMK orientierten. Das ist aber so. Wir haben in Berlin ein neues Schulsystem, wir haben neue Schulformen. Das Bepunktungssystem der Gesamtschule gibt es nicht mehr, wir haben es angeglichen und das mit den Schulleitungen der unterschiedlichen Schulformen auch diskutiert. Das ist keine Verschleierung, das ist alles transparent dargestellt und vor vier Jahren beschlossen worden. Wir können im Ausschuss gerne noch einmal darüber diskutieren und das Thema im Detail darstellen. Zu behaupten, dass hier irgendetwas verschleiert wird – das ist alles ganz transparent dargestellt. Es gibt Leitfäden, an denen sich die Schulleitungen orientieren können, und ich erwarte, dass die Schulleitungen und Lehrkräfte vor Ort entsprechende Bewertungen vornehmen und nicht plötzlich damit beginnen, die Schülerinnen und Schüler in ihren Leistungen schlechter zu bewerten. Das war vorher alles geklärt. Unsere Abschlüsse sind KMK-konform.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Für die Fraktion Die Linke rufe ich Herrn Dr. Lederer auf. – Bitte schön!

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage den Senat: Was sind die konkreten Ergebnisse und Beschlüsse der gestrigen Aufsichtsratssitzung der Berliner Wasserbetriebe Anstalt öffentlichen Rechts?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Staatssekretär Feiler, bitte schön!

Staatssekretär Klaus Feiler (Senatsverwaltung für Finanzen):

Vielen Dank! – Herr Lederer! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die gestrige Aufsichtsratssitzung hat erbracht, dass die Trinkwasserpreise dauerhaft bis zunächst 2018 gesenkt werden. Das ist ein großer Erfolg, der auch darauf zurückzuführen ist, dass der Senat mit Ihrer Zustimmung im letzten Jahr die Anteile, die bisher privat gehalten wurden, erworben hat. Jetzt können wir aus einer Hand handeln. Der Aufsichtsrat hat weiterhin beschlossen, auch die Abwasserpreise zu senken, sodass es insgesamt zu den hier immer diskutierten und vom

Kartellamt geforderten Wasserpreissenkungen gekommen ist. Auch das ist ein Erfolg, dass wir das jetzt umgesetzt haben.

Zum Dritten wurde perspektivisch auch der Rechtsstreit mit dem Kartellamt beendet, weil die Wasserbetriebe zugesichert haben, diese Wasserpreissenkung jetzt auch bis 2018 durchzuführen.

Erkauft wurde das mit einem Gewinnverzicht des Landes in erheblichem Umfang. Wir haben das ja schon im jetzt laufenden Doppelhaushalt abgebildet. Die Abführungen der Wasserbetriebe sind deutlich gesenkt worden.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Dr. Lederer, für eine Nachfrage – bitte schön!

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Ja, vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Nachdem nun ganz viele Dinge passiert sind, für die die Koalition uns immer gescholten hat, dass sie eigentlich gar nicht möglich oder wirtschaftlich unverantwortlich wären, ein Vergleich mit dem Bundeskartellamt, selbst eine Senkung der Abwasserpreise: Gehen Sie denn den letzten Schritt jetzt auch noch und werden uns dann demnächst tatsächlich mal einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Tarifikalkulationsvorschriften vorlegen, damit wir das mal der Willkür und dem Gewinnverzicht aus dem Handgelenk entziehen und das mal einer entsprechenden rechtlichen Grundierung unterziehen? Denn die Tarifikalkulation geschieht ja auf gesetzlicher Grundlage und nicht auf Basis von Lust und Laune des Senats.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Klaus Feiler (Senatsverwaltung für Finanzen):

Also wir sind uns im Senat einig, dass für eine solche von Ihnen jetzt geforderte rechtliche Festschreibung gar keine Veranlassung besteht. Wir haben das auch nicht versprochen. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, dass wir die Wasserpreise senken. Wir haben versprochen, dass wir die Privatisierung rückgängig machen. Genau das haben wir getan. Diese Spezialistendiskussion über Kalkulationsgrundlagen – –

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Es geht um Rechtsstaatlichkeit, nicht um eine Spezialistendiskussion!]

Aber lieber Herr Lederer! Ich finde, das Verfahren ist absolut transparent und auch rechtsstaatlich. Wenn Sie hier von Willkürentscheidung oder so was reden, dann halte ich das für an den Haaren herbeigezogen. Wir haben hier alles vernünftig argumentiert. Wir haben Ihnen